

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =
Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 28 (2002)

Heft: 4

Rubrik: Mitteilungen aus der Vereinigung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mitteilungen aus der Vereinigung

Vorstandsarbeit

Nach der leider nicht sehr gut besuchten Generalversammlung in Zürich tagte der Vorstand am 4. Juli 2002 zum letzten Mal in Neuchâtel. Gegenstände der Verhandlungen betrafen die zunehmende Beratungsarbeit des Sekretariats in Berufungsfragen vor allem ausländischer Kollegen, der reichlich unbefriedigende Jahresbericht des "Organs für Akkreditierung und Qualitätssicherung", dem es obliegt, Studiengänge zu evaluieren, die Planung der Begegnungstagung der deutschen, österreichischen und schweizerischen Professorenvereinigungen vom September 2002 (s.u.) und dann vor allem eine Generaldebatte über die Zukunft unserer Vereinigung angesichts der Fülle der die Akademie betreffenden Probleme.

Beschlüsse wurden noch keine gefasst, doch es waren gründliche Überlegungen, die vor allem folgenden Problemkreisen galten:

- Die Namensgebung unserer Vereinigung, die dem Tatbestand, dass bereits 20 Prozent unserer Mitglieder Frauen sind, nicht gerecht werde.
- Ausdrücklich nahm der Vorstand Stellung zur Frage der Mitgliedschaft in unserer Vereinigung. Einstimmig wurde beschlossen, dass neben den ordentlichen und ausserordentlichen Professoren, den Titularprofessoren und den habilitierten Kolleginnen und Kollegen auch die an Forschung und Lehre teilhabenden Vertreter und Vertreterinnen aus dem Mittelbau zu uns gehören.
- Ein Dauerproblem war und ist die Werbung für eine Mitgliedschaft in unserer Vereinigung. Der Vorstand möchte für jede Hochschule eine Person finden, welche die Neuberufenen und Neuhabilitierten anspricht. Werbematerial stellt das Sekretariat zur Verfügung. Wer ist für diese Arbeit bereit?
- Ein lange erörterter Gegenstand war die Kooperation mit den verschiedenen wissenschaftlichen Akademien, der Schweizerischen Universitätskonferenz, der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, der Gruppe für Wissenschaft und Forschung, dem Bundesamt für Bildung und Wissenschaft und nicht zuletzt dem Verband der Schweizerischen StudentInnenenschaft.

Einstimmig wählte der Vorstand Professor Dr. Alexander von Zelewsky aus Freiburg in das Gremium.

Finanzen - Beiträge 2002

Am 1. November stehen noch immer 160 Beiträge aus. Um unseren Verbindlichkeiten gerecht werden zu können, bitten wir um baldige Anweisung des Beitrags. Die Vergesslichen finden in der Beilage zum Heft 4 eine kleine Mahnung.

Begegnungstagung der Professorenverbände Deutschlands, Österreichs und der Schweiz in Dessau vom 5.-7. September 2002

Unsere Vereinigung wurde durch Professor Roland Ruedin und Professor Klaus Wegenast vertreten. Hauptgegenstände der Verhandlungen waren der Bologna-Prozess (Berichterstatte: Wegenast), die Österreichische Hochschulreform in ihrer Bedeutung für die Zukunft des Universitätswesens in Mitteleuropa und die Lage der Geisteswissenschaften an unseren Hochschulen. Folgende Pressemitteilung wurde anlässlich einer Pressekonferenz diskutiert:

Europäische Universitätskultur: zwischen Vereinheitlichung und Provinzialismus

Professorenverbände Deutschlands, Österreichs und der Schweiz beraten gemeinsam über hochschulpolitische Tendenzen und Entwicklungen in ihren Ländern

Die Professorenverbände Deutschlands, Österreichs und der Schweiz haben sich auf Einladung des Deutschen Hochschulverbandes im sachsen-anhaltinischen Wörlitz zu Gesprächen getroffen.

Im Mittelpunkt der Beratungen standen hochschulpolitische Tendenzen und Entwicklungen in diesen drei Ländern und Konsequenzen, die sich aus den jüngsten hochschulpolitischen Reformbemühungen und aus dem sogenannten Bolognaprozess ergeben.

Der Deutsche Hochschulverband (DHV), der Österreichische Universitätsprofessorenverband (UPV) und die Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten (VSH) begrüßten einmütig das von den europäischen Kultus- und Wissenschaftsministern in den Konferenzen von Bologna und Prag formulierte politische Ziel, einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen, der Studierenden eine bessere Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse, mehr Mobilität und kürzere Studienzeiten erlauben soll. Positiv bewerteten die Verbände die bisherigen Bemühungen ihrer Länder, Studienleistungen und -zeiten leichter anzuerkennen, auch wenn man noch nicht von einer Verwirklichung des angestrebten, europaweit einheitlichen Leistungspunkte- und Modulsystems sprechen könne. Während eine einheitliche europäische Hochschulkultur in diesem Sinne anzustreben ist, sollten aber regionale Besonderheiten in den drei Ländern - Deutschland, Österreich, Schweiz -, die zu höchster internationaler Anerkennung ihrer Universitäten geführt haben, erhalten bleiben.

Negativ beurteilten die Hochschullehrerververtretungen die mit dem Integrationsprozess einhergehenden Spartendenzen der europäischen Hochschulpolitik, insbesondere angesichts der umfangreichen Evaluationsaufgaben, der intensiven Beratungsarbeit und der Weiterbildung des Lehrpersonals.

Für problematisch hielten die Hochschullehrer auch die Gefährdung der Lehr- und Lernfreiheit durch die Forderung nach identischen Studiencurricula, für kontraproduktiv die Anerkennung eines universitären Bachelors als qualifizierenden Abschluss für einen akademischen Beruf.

DHV, UPV und VSH wiesen in ihren Beratungen auf zahlreiche hochschulpolitische Fehlentwicklungen hin, die sich in allen drei Ländern deutlich abzeichneten. Die Professoren kritisierten vor allem den Umbau der universitären Organisationsstrukturen mit der Tendenz zu zentralistisch-abgehobenen Hochschulleitungen, die Einführung von Hochschulräten mit zu weit gehenden Entscheidungsbefugnissen, sowie Änderungen des Hochschullehrerdienstrechtes. Kritisiert wurden insbesondere Tendenzen in der Reform des Dienstrechtes der Hochschullehrer bzw. Professoren, welche die notwendige Gewinnung der "besten Köpfe" durch - weder mit der Privatwirtschaft noch international konkurrenzfähige - finanzielle wie organisationsrechtliche Bedingungen verhindern. Der Auftrag der Universität, ihre Studierenden durch Wissenschaft auszubilden, werde überdies zunehmend missverstanden. Es werde befürchtet, dass dies zu einer weitgehenden Ökonomisierung der Bildung führen könnte. Besonders darunter zu leiden hätten die Geisteswissenschaften sowie alle marktfernen akademischen Disziplinen. Sie könnten die eigentlichen Verlierer der jüngsten hochschulpolitischen Reformen werden.

Zufrieden zeigten sich die drei Verbände mit der Mobilitätsbereitschaft der Professoren innerhalb der drei Länder Deutschland, Österreich und der Schweiz, die früher einen gut funktionierenden Berufungsmarkt gebildet haben. Ihre Sorge gilt dabei provinzialistischer Abschottung durch erhebliche Mobilitätshemmnisse wie beispielsweise Unterschiede im Versorgungsrecht oder den Altersgrenzen für eine Einstellung und Tendenzen zur Abschaffung der Habilitation als wichtiges Berufungskriterium. Einmütig sprachen sich die Delegierten dafür aus, dass erworbene Pensions- und Rentenanwartschaften bei einer Berufung "mitgenommen" werden dürfen.

*Der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes (Deutschland)
Professor Dr. Hartmut Schiedermaier*

*Der Vorsitzende des Universitätsprofessorenverbandes (Österreich)
Professor Dr. Wolfgang Zach*

*Der Generalsekretär der Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten (Schweiz)
Professor Dr. Klaus Wegenast*